

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

"Der falsche Mann

Jean-Claude Juncker wäre gerne Regierungschef der EU. Doch ist Juncker als Kommissionspräsident nur oberster Behördenleiter der EU. In dieser Rolle hat er auf die Einhaltung der Verträge zu achten, auf denen die Zusammenarbeit der noch 28 Nationen gründet. Juncker maßt sich aber, ob in der Griechenland-Krise oder in Auslegung der Schuldengrenzen, eine politische Rolle an. Sie zielt darauf, die einzelnen EU-Länder auch da aus der Haftung für ihre Politik zu entlassen, wo eine Vergemeinschaftung der Risiken nicht vorgesehen ist. Dass Juncker der Falsche ist, um der EU den Weg aus der Krise zu weisen, zeigt auch sein Beharren auf immer neue Investitionshilfen. Stark wird die EU nicht über die solcherart angeschobenen, wirtschaftlich fragwürdigen Projekte. Stark wird die EU, wenn sie eine Idee entwickelt, wie sie unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder Raum geben kann, ohne den Zusammenhalt zu verlieren."

Heike Göbel, F.A.Z., 15.09.2015

Terminhinweis in eigener Sache

Der Arbeitskreis Europa unseres Kreisverbands lädt am 9. März 2017 um 19.00 Uhr zu einem spannenden Vortrag über Geschichte und Zukunft der EU ein. Ort: Gesellschaftsraum der Martinseehalle in Heusenstamm. Redner: Prof. Dr. Frank Schorkopf, er lehrt deutsches und europäisches öffentliches Recht an der Universität Göttingen. Titel: Neue Wege für eine authenti-

sche Europäische Union. Geschichte und Zukunft der europäischen Einigung.

Wer sich einlesen möchte, den verweise ich gerne auf Prof. Schorkopfs Buch "Der Europäische Weg. Grundlagen der Europäischen Union". Mohr Siebeck Verlag, 2. Aufl. 2015.

Konferenz zur zukünftigen Finanzierung der EU

Am 07./08.09.2016 trafen sich Vertreter der europäischen Institutionen, nationaler Parlamente und der hochrangigen EU-Arbeitsgruppe Eigenmittel um Mario Monti in Brüssel und tauschten sich zu Fragen der zukünftigen Finanzierung der EU aus. Eine eigene EU-Steuer wurde hierbei fast allseitig abgelehnt. Vielmehr wurden Vorschläge auf bestehende Steuern oder eine Berechnung der Beiträge auf BNE-Basis thematisiert. Einigkeit bestand im Wunsch, das Einnahmesystem für den Bürger nachvollziehbarer zu gestalten. EP-Präsident Schulz (S&D/DEU) gestand ein, selbst nicht sagen zu können, wieviel sein eigenes Land zum EU-Haushalt beitrage. Aber auch die Papiere von Monti seien sehr technisch. Kommissionsvizepräsidentin Georgieva machte deutlich, dass im Zuge des Brexit bei einem knapperen EU-Haushalt alles auf den Prüfstand gehöre. Insbesondere nannte sie die sogenannten Rabatte für Nettozahler. Alle Ausgaben müssten sich am Gedanken eines europäischen Mehrwertes orientieren. Namhafte Redner, unter ihnen Clemens Fuest als Mitglied der EU-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Arbeitsgruppe, kritisierten die bisherige Förderung für Landwirtschaft und Kohäsion, namentlich in DEU. Es sei nicht nachvollziehbar, wo der europäische Mehrwert liege, wenn etwa mit EU-Mitteln Wassertanks in Brandenburg gefördert würden. MdEP Lamassoure (EVP/FRA) zeigte sich in Hinblick auf die Agrarförderung in FRA selbstkritisch. MdEP Böge (EVP/DEU) konnte Verständnis für die bisherige Förderung der Landwirte aufbringen. Zu den Erfolgsaussichten einer Reform der Eigenmittel wies Monti auf das Einstimmigkeitserfordernis im Rat hin.

http://ec.europa.eu/budget/mff/hlgor/confERENCE/index_en.cfm

Frontex plant Schwachstellenanalyse für europäische Grenzen

Am 28.08.2016 kündigte der Leiter der Grenzschutzagentur Frontex Fabrice Leggeri an, im Oktober 2016 eine Schwachstellenanalyse an den Grenzen einiger EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Finnland, Griechenland, Rumänien und Slowenien, durchführen zu wollen. Diese soll in Anlehnung an den „BankenStresstest“ der Europäischen Zentralbank (EZB) verschiedene Krisenszenarien umfassen, um Schwachstellen an den See-, Land- und Luftgrenzen der EU aufzudecken. Überprüft werden hierfür beispielsweise die technische Ausstattung, die Infrastruktur, das Personal, die finanziellen Ressourcen und die Krisenpläne der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Grenzsicherung. Laut Leggeri soll der „Stresstest“ in der aktuellen Pi-

lotphase der grundsätzlichen Überprüfung des Beurteilungssystems dienen. Demnach sei die Teilnahme der Mitgliedstaaten freiwillig und die Ergebnisse werden nicht offengelegt. Die Schwachstellenanalyse soll Teil der neuen Frontex-Verordnung zur Schaffung einer „Europäischen Grenz- und Küstenwache“ werden (EB 11/16). Hierzu erzielten Parlament, Rat und Kommission bereits am 21.06.2016 im Trilog eine Einigung. Während die bisherige Grenzschutzagentur Frontex beim Management der Außengrenzen auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten beschränkt war, sieht die neue Rechtsgrundlage ein beschleunigtes Verfahren vor, um im Falle schwerer Defizite an den europäischen Außengrenzen den Einsatz von Grenzschutz- und Küstenwache-Teams in dem betroffenen Mitgliedstaat einzuleiten. Hierzu kann der Rat auf Grundlage eines Kommissionsvorschlags mit qualifizierter Mehrheit einen Durchführungsbeschluss fassen, der spezifische Maßnahmen nennt und den betroffenen Mitgliedstaat zur Zustimmung zu dem von der Grenzschutzagentur erstellten Operationsplan zur Umsetzung des Ratsbeschlusses auffordert. Sollte dieser die Kooperation verweigern, könnten die anderen Mitgliedstaaten dann vorübergehend gemäß Art. 29 des Schengener Grenzkodex wieder Kontrollen an ihren Binnengrenzen zu dem betroffenen Mitgliedstaat für bis zu sechs Monaten einführen. Mit in Kraft treten der neuen Frontex-Verordnung wird innerhalb der nächsten Wochen gerechnet.





Europäische Kommission

Kommissionspläne für einen multilateralen Investitionsgerichtshof

Ein modernes System zur Investor-Staat-Streitbeilegung könnte das Investitionsklima positiv beeinflussen und dem System gleichzeitig einen besseren Ruf verleihen. Ein multilateraler Investitionsgerichtshof wäre aus Sicht der Kommission eine Möglichkeit, dies langfristig umzusetzen. Wie dieser aussehen könnte, hat sie nun in einer Roadmap dargestellt (http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_trade_024_court_on_investment_en.pdf). Alles unter einen Hut bringen: Der multilaterale Investitionsgerichtshof soll auf lange Sicht die im Rahmen zahlreicher bilateraler Investitionsschutzabkommen bestehenden Schiedsgerichte (ISDS) ersetzen. Aber auch die derzeit geplanten ständigen Investitionsgerichte der EU mit Kanada, den USA und Drittstaaten (Investment Court System, ICS) sollen durch den multilateralen Gerichtshof ersetzt werden. Denn eine große Anzahl nebeneinanderstehender Gerichte ist auf die Dauer wenig effektiv und kostenträchtig.

Generaldirektion Energie veröffentlicht Referenzszenario 2016

Aktuelle Prognosen zu Energie-, Verkehrs- und Emissionstrends bis zum Jahr 2050 veröffentlichte die Kommission in ihrem neuen Referenz-Szenario (REF2016). <http://ec.europa.eu/energy/en/data-analysis/energy-modelling>

Das Szenario zeigt EU-Entscheidungsträgern auf, welche Entwicklungen auf Basis bestehender EU-Maßnahmen sowie absehbarer europäischer und globaler Markttrends mittel- bis langfristig wahrscheinlich sind. Die Kommission geht unter anderem davon aus, dass sich der europäische Energiemix vermehrt in Richtung erneuerbare Energien (EE) entwickeln und Gas 2030 verglichen mit 2015 eine größere Rolle spielen wird, während der Anteil anderer Energieträger sinkt. Sie nimmt außerdem an, dass der EU eine weitere Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch gelingen wird.

Während die Dekarbonisierung des Energiesystems laut Kommission weiter voranschreitet, werden die derzeitigen EU-Maßnahmen den langfristigen Klimazielen nicht gerecht. Schätzungen zufolge werden die EU-Treibhausgasemissionen bei Beibehaltung derzeitiger Anstrengungen 2020 26 Prozent, 2030 35 Prozent und 2050 48 Prozent unter dem Wert von 1990 liegen. Der EE-Anteil wird von 21 Prozent im Jahr 2020 auf 24 Prozent im Jahr 2030 und 31 Prozent in 2050 steigen.

Des Weiteren geht sie davon aus, dass die Energiesystemkosten im Jahr 2015 11,2 Prozent und 2020 12,3 Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes betragen und erst nach 2030 aufgrund der positiven Wirkung von erwarteten Investitionen in grüne Technologien sinken werden.

Förderung neuer Energieprojekte in BUL und im Baltikum

Am 10.08.2016 veröffentlichte die Kommission eine Pressemitteilung über die Zurver

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

fÜgungstellung von 187,5 Mio. EUR an EU-Mitteln für EST und FIN für den Bau einer länderverbindenden Gasleitung Balticconnector zwischen EST und FIN, um den baltischen Gasmarkt zu fördern und den finnischen Markt zugänglicher zu machen. Die Gasleitung soll im Dezember 2019 in Betrieb genommen werden. Die Kommission unterstützt zudem BUL mit circa 30 Mio. EUR, um eine 140 Kilometer lange Stromtrasse zwischen Dobrudja und Burgas zu errichten, die dem Transport von Strom aus erneuerbaren Energien dienen soll. Diese neue Leitung soll das bulgarische Stromnetz stabilisieren und widerstandsfähiger machen. Zudem soll dadurch der Transport von griechischer Windenergie und bulgarischer Sonnenenergie vereinfacht werden. 2022 soll die Stromtrasse, die mit 50% der Investitionssumme gefördert wird, an den Start gehen.

https://ec.europa.eu/germany/news/energie-union-eu-f%C3%B6rdert-neue-leitungen-im-baltikum-und-bulgarien_en

Kommission veröffentlicht Inhalte des 500-Mio.-" Hilfspaktes für Landwirte.

Die Kommission hat am 26.08.2016 nähere Informationen zum zweiten EU-Hilfspaket für den europäischen Milch- und Viehsektor veröffentlicht. Kernelemente des aktuellen EU-Hilfspaketes sind:

- das Teilpaket mit 350 Mio. "; die Mittel werden entsprechend eines Verteilungsschlüssels auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt;
- das Teilpaket mit 150 Mio. " zur Reduktion der Milcherzeugung;

- die Verlängerung der öffentlichen Intervention sowie der Beihilfen für die private Lagerhaltung von Magermilchpulver bis Ende Februar 2017.

Agrarkommissar Phil Hogan äußerte sich zufrieden darüber, dass die Beihilferegelung zur Verringerung der Milchproduktion seine wirklich europäische Antwort für das Problem auf dem EU-Markt bietet%. Der Kommissar zeigte sich zuversichtlich, dass die insgesamt vorgesehenen Maßnahmen einen Beitrag leisten, um die Lage auf den Märkten und für die Erzeuger zu verbessern.

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/292_en.htm

Hilfsfonds EHAP

Die Kommission hat am 14.07.2016 zu den Ergebnissen des Berichts über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD bzw. in deutscher Abkürzung EHAP) Stellung genommen, der insbesondere zur Linderung schlimmster Formen von Armut beitragen soll. Hauptgegenstand ist eine Zusammenfassung der jährlichen Durchführungsberichte über die im Jahr 2014 kofinanzierten operationellen Programme auch anhand der gewählten gemeinsamen Indikatoren. Dem Bericht zufolge hätten 11 Mio. Menschen, über die Hälfte davon Frauen, von der Unterstützung durch den Fonds profitiert. Etwa ein Viertel der Hilfsempfänger (etwa 3 Mio.), seien dabei Kinder (unter 15 Jahre) gewesen; überdies seien circa 1,2 Mio. ältere Hilfsempfänger (über 65 Jahre) zu verzeichnen. Begünstigt worden seien auch etwa 622 000 Menschen mit Behinde



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

zung und rund 720.000 Menschen mit Migrationshintergrund sowie fast 70 000 Obdachlose.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=1089&newsId=2584&furtherNews=yes>

Europäisches Parlament

Verhofstadt Brexit-Beauftragter des EP

Nach dem Europäischen Rat und der Kommission hat jetzt auch das EP einen Verhandlungsführer für die Gespräche mit GBR über den EU-Austritt bestimmt. Am 08.09.2016 ist der ALDE-Fraktionsvorsitzende MdEP Guy Verhofstadt (ALDE/BEL) von den Fraktionsvorsitzenden im EP zum Brexit-Beauftragten des EP ernannt worden. Zu seinen Aufgaben wird es gehören, die Konferenz der Präsidenten (KdP; das Gremium der Fraktionsvorsitzenden) über die Verhandlungen zu informieren und in Abstimmung mit der KdP und den betroffenen Ausschussvorsitzenden die EPPosition zu formulieren und einzubringen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20160908IPR41661/parliament-appoints-guy-verhofstadt-as-representative-on-brexit-matters>

Aus dem Kuriositätenkabinett

Fahrplan zur Evaluation der EU-Batterie-Richtlinie aktualisiert

Die Kommission hat am 16.08.2016 eine Evaluation der Richtlinie über Batterien und

Akkumulatoren sowie Altbatterien und Alt-Akkumulatoren (2006/66/EC) gestartet. Beurteilt werden soll die Zielerreichung der Richtlinie aus dem Jahr 2006 im Zusammenspiel mit den allgemeinen Zielen der EU-Umweltpolitik. Mit den Ergebnissen dieser Evaluation sollen Maßnahmen identifiziert werden, mit denen die EU-Batterie-Richtlinie und deren Umsetzung grundlegend verbessert werden sollen. Dabei werden Aspekte genauer begutachtet, die bei der Umsetzung eine besondere Herausforderung dargestellt haben. Die geplante Evaluierung wird sich darüber hinaus auch mit Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz sowie mit dem EUMehrwert der EU-Batterie-Richtlinie und der dazugehörigen Gesetzgebung befassen. Die öffentliche Konsultation wird voraussichtlich im 4. Quartal 2016 beginnen und ein Jahr andauern.

http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2017_env_016_batteries_evaluation.pdf

Sanktionen gegen GRI wegen verspäteter Umsetzung des Abfallrechts

Der EuGH hat mit Urteil vom 07.09.2016 in der Rechtssache C-584/14 GRI wegen andauernden Verstoßes gegen die Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle und die Abfallrichtlinie 2006/12/EG zur Zahlung eines Pauschalbetrages und Zwangsgeld verurteilt. Nach Ansicht des EuGH ist die Vertragsverletzung besonders schwerwiegend . nicht nur, weil sie seit mehr als zehn Jahren andauert, sondern auch, weil sie unmittelbar die menschliche Gesundheit



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

gefährden und die Umwelt schädigen kann. Als angemessen sieht er deshalb ein Zwangsgeld von 30.000 EUR für jeden Tag des Verzugs sowie einen Pauschalbetrag von zehn Mio. EUR, zahlbar in den Unionshaushalt, an. Die Kommission hatte GRI verklagt, weil das Land ihrer Ansicht nach seinen Verpflichtungen aus beiden Richtlinien noch immer nicht nachgekommen ist. Die Vorschriften sehen vor, dass innerhalb einer angemessenen Frist ein Plan für die Bewirtschaftung gefährlicher Abfälle erlassen und ein integriertes und angemessenes Netz von Anlagen zur Beseitigung gefährlicher Abfälle errichtet wird. Mit Urteil vom 10.09.2009 (C-286/08) hatte der EuGH bereits festgestellt, dass GRI dieser Pflicht nicht nachgekommen ist.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-584/14>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

